



Waffenlager und Übungsgelände hohe Gefährdungspotenziale für politische Konfliktlösungen, soziales Zusammenleben sowie für Natur und Umwelt in sich bergen.

Deshalb sind wir für die Aufhebung von Militärstandorten, z.B. des US-Flughafens Erbenheim.

Wie erreichen Sie die Fraktion?

Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?

Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr; Mo, Di, Do: 16–18 Uhr; Freitag 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Dr. Gottfried Schmidt – Eigendruck

Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Linke Liste Wiesbaden



Für ein friedliches Miteinander aller Völker dieser Erde

Im Artikel 69 der Hessischen Verfassung steht: „Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Die Realpolitik in unserem Land entspricht leider in keiner Weise den Vorgaben der Hessischen Verfassung.

Die von den USA dominierte Nato und somit auch die Bundesrepublik Deutschland setzt offensichtlich auf eine Strategie, ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen mit den Mitteln des Krieges durchzusetzen. Auslandseinsätze der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan oder am Horn von Afrika sind dafür Beleg.

Der EU-Verfassungsentwurf sieht sogar den Ausbau der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten der EU vor. Die EU-Staaten verfolgen damit eine zunehmend aggressive, auf weltweite Einfluss-Sicherung ausgerichtete Politik. Die Devise lautet: aufrüsten statt abrüsten. Die Linke Liste lehnt deshalb den EU-Verfassungsentwurf ab.

Die Linke Liste ist der Meinung, dass aktive Friedenspolitik auch von den kommunalen Parlamenten ausgehen sollte.

So hat sich die Linke Liste gleich nach den terroristischen Anschlägen in den USA am 11. September 2001 gegen Terror und Krieg ausgesprochen. Mit einem Antrag in der Stadtverordnetenversammlung sollte deutlich gemacht werden, dass Krieg kein

Auch Kommunalpolitik muss der Friedenspolitik dienen

taugliches Mittel zur Terrorbekämpfung ist; gleichzeitig wurde die Forderung erhoben, dass deutsche Soldaten sich nicht an Kriegen in anderen Ländern beteiligen und die UNO als Einrichtung des Völkerrechts eine globale Strategie entwickeln muss mit dem Ziel, eine freiheitliche, demokratische, soziale, gerechte und umweltbewahrende Weltordnung aufzubauen.

**Völkerrechts-
widriger Krieg
gegen Irak**

Die LINKE LISTE beteiligte sich weiterhin aktiv an Wiesbadener sowie bundesweiten Aktionen gegen den Krieg gegen den Irak. In Anträgen vor und nach Beginn des Irakkrieges an die Stadtverordnetenversammlung forderte die Linke Liste auf, die Stadt möge sich gegen die Durchführung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieg aussprechen, die Initiative „Cities for Peace“ unterstützen sowie alle Aktivitäten der Friedensbewegung in Wiesbaden zu unterstützen.

Es ist offenkundig, dass US-Militäreinrichtungen in Deutschland auch im Krieg gegen den Irak in die Vorbereitung und Durchführung militärischer Auseinandersetzungen einbezogen werden.

Von besonderer Brisanz für Wiesbaden ist die Tatsache, dass vom Flughafen Erbenheim Kriegsgerät wie Soldaten in den Irak entsandt wurden. Deshalb sah der Antrag der Linken Liste vor, den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beauftragen, die Bundesregierung sowie die hessische Landesregierung aufzufordern, den Krieg weder direkt noch indirekt durch den Einsatz von

**Ich unterstütze die Umbenennung des
Dernschen Geländes in
Weltfriedensplatz!**



| Aktionen, Anträge und Anfragen der LINKEN LISTE | |
|--|--|
| Oktober 2001 | Antikriegs-Rede von H. Bohrer zur Bombardierung Afghanistans |
| November 2001 | ANTRAG an die StVV: Gegen Krieg und Terrorismus für humane Alternativen |
| Mai 2002 / November 2002 | Beteiligung der LiLi an Demos in Wiesbaden GEGEN KRIEG UND FREMDENHASS |
| Februar 2003 | ANTRAG an die StVV: Kommunale Aktivitäten gegen Krieg |
| März 2003 | ANTRAG an die StVV auf Solidarisierung mit den Wiesbadener Demonstranten gegen den Irakkrieg und Unterstützung der Initiative „Cities for Peace“ |
| Februar 2005 | Beteiligung der LiLi an Demos in Wiesbaden und Mainz gegen US-Präsident Bush. |

Bundeswehr, Bundesgrenzschutz oder Polizei zu unterstützen und nicht zuzulassen, dass Boden oder Luftraum in der Bundesrepublik für diesen Krieg genutzt werden.

Die LINKE LISTE misst den außerparlamentarischen Aktivitäten für Frieden eine wichtige Bedeutung zu. Deshalb unterstützt die LINKE LISTE Friedensinitiativen (z.B. den Ostermarsch Mainz/Wiesbaden) und arbeitet aktiv in ihnen mit.

**Unterstützung
der Friedensbe-
wegung**

Bei den Besuchen des US-Präsidenten Bush in Berlin und Mainz beteiligte sich die Linke Liste an den Demonstrationen unter dem Motto „Wir wollen Ihren Krieg nicht, Herr Präsident“ und „Not welcome Mr. Bush“.

Die LINKE LISTE will keine weitere Militarisierung der Gesellschaft – schon gar nicht in den Kommunen. Wir wenden uns deshalb gegen Werbung für die Bundeswehr an Schulen. Öffentliche Plätze dürfen nicht Spielstätte militärischer Zeremonien werden.

Die LINKE LISTE geht davon aus, dass auch militärische Standorte,